

Rheinmetall entrüsten!

Demonstration zur Rheinmetall Hauptversammlung am 12. Mai 2026 vor der Rheinmetall-Zentrale in Düsseldorf.

Der Plan von Konzernchef Papperger, Rheinmetall zu einem der international großen Systemhäuser umzubauen, das in allen militärischen Dimensionen aktiv und kompetent ist, wird schon seit der Ausrufung der Zeitenwende durch Kanzler Scholz beschworen. Das Unternehmen rückt diesem Ziel näher – mithilfe von Steuergeldern und ungehemmter Rüstung und unter Preisgabe ethischer Standards im Export. Rheinmetall will sich auch seiner zivilen Unternehmensteile entledigen und nimmt damit auch den Abbau von Arbeitsplätzen in diesem Bereich billigend in Kauf.

Wie kein anderes Unternehmen in Deutschland profitiert der Konzern von der ungehemmten Aufrüstung in Deutschland. In einer vom US-Magazin Politico Ende 2025 zitierten Wunschliste der Bundeswehr im Umfang von insgesamt rund 377 Mrd. € entfallen von den bis zu diesem Zeitpunkt einem Unternehmen zugeordneten Projekten im Wert von 182 Mrd. € satte 88 Mrd. € auf Projekte, an denen der Rheinmetall-Konzern direkt oder indirekt beteiligt ist. Inzwischen wird klar, dass Rheinmetall auch von der – damals noch nicht zugeordneten Hälfte der Aufträge – überproportional profitieren wird. Der heute präsentierte Auftragsbestand des Unternehmens ist ein Abbild davon.

Rheinmetall weitet sein Geschäft in immer mehr Bereiche aus. Zukäufe von Rheinmetall, wie die Bremer Werft Lürssen oder vor ein paar Tagen, die Offerte für die Kieler Werft German Naval Yards, bringen den Konzern ins Marinegeschäft. Das großzügige Angebot des Konzerns, die Generalunternehmerrolle für das Fregattenprojekt F 126 zu übernehmen, macht vor allem die Gier nach Umsätzen und Gewinnen deutlich. Ursprünglich waren für sechs Fregatten rund 9 Mrd. € ausgelobt – nun entbietet sich der Konzern, die sechs Schiffe für 12 Mrd. € zu bauen und Minimum vier Jahre verspätet auszuliefern. Diese 12 Mrd. € sollen zudem der Inflation angepasst werden – schon heute ist absehbar, dass das Projekt dann noch einmal 3 bis 4 Mrd. teurer wird.

Der Bereich Marine ist nicht der einzige Bereich, in welchem der Konzern eigentlich nicht zuhause ist, sich aber nun ausdehnt – andere sind z. B. die militärische Weltraumfahrt, wo Satelliten für Kommunikation und Überwachung gebaut werden sollen, die Luftfahrt, wo man nicht nur Rumpfelemente für US-Flieger bauen will, sondern auch breit in das Drohnengeschäft einsteigen möchte. Hier wird Rheinmetall, obwohl frei von jedweder Vorkenntnis, vom beauftragenden Staat regelrecht mit Aufträgen zugeschüttet.

Man kann fest davon ausgehen, dass alles was Rheinmetall anfassen wird, teurer wird und länger dauert.

Es ist nicht die Schuld des Konzerns, dass die politische Debatte sich nicht mehr um den sorgsam Gebrauch von Steuergeldern bemüht, sobald diese in die Sphäre des Militärs geraten. Jeder Cent im Bundeshaushalt für Bildung, Soziales, Kultur,

Entwicklungshilfe wird umgedreht – mehrfach und immer mit der Idee, ihn am Ende doch lieber nicht auszugeben. Bürokratisch aufwändig wird versucht, selbst kleinste Beträge noch zu sparen. Wohingegen man im Bereich des Militärs mit Millionen um sich wirft – ohne genaue Prüfung, ohne Kosten-Nutzen-Analyse. Ob nun die Granate doppelt so viel kostet, wie noch vor dem Krieg, obwohl doch zu tausenden produziert, ist egal.

2029 wird über ein Drittel des Bundeshaushaltes für Rüstung und militärische Infrastruktur ausgegeben werden – vor nicht einmal 10 Jahren war es noch ein Zehntel. Daran ist nicht Rheinmetall schuld, wohl aber an der Dreistigkeit, von Absicherung der Freiheit durch Produkte des Konzerns zu sprechen und doch nur die Absicherung erheblicher Gewinne für den Konzern zu meinen.

Einen weiteren Aspekt, den ich hier ansprechen möchte und der konkret das Geschäftsgebaren des Konzerns betrifft, ist sein Verhältnis zum Export von Waffen und Rüstungsgütern.

Rheinmetall treibt die Internationalisierung seines Geschäftsmodells weiter voran – der deutsche Markt ist nicht genug für die hochfliegenden Ziele des Konzernbosses. Es werden mehr und mehr Niederlassungen in anderen Ländern gegründet und ausgebaut. Nicht zuletzt auch mit dem Gedanken, von dort aus mehr und einfacher exportieren zu können, als dies von Deutschland aus möglich sei.

Als Beispiel sei die südafrikanische Tochter Rheinmetall Denel Munition genannt, die zu einem der größten Munitionslieferanten der Welt geworden ist, aber auch Anlagen für die Produktion von Munition liefert – unter anderem an Staaten wie Saudi-Arabien, Ägypten und die Vereinigten Arabischen Emirate: autokratisch geführte Regierungen mit schlechter Menschenrechtsbilanz und einer nachweisbaren Historie, ihrerseits Konflikte in anderen Staaten mit Waffen und Munition zu befeuern.

Auch in Indien werden Kooperationen dieser Art angestrebt, die deutsche Auflagen für den Export von Waffen und Rüstungsgütern bewusst umgehen sollen. Indiens eigene Strategie, von Rüstungsimporten unabhängiger zu werden und gleichzeitig über den Export solcher Güter Einnahmen zu erzielen, wird vom deutschen Konzern leichtfertig mitgespielt.

Der Export solcher Anlagen wäre von Deutschland aus – aus guten Gründen – nicht genehmigungsfähig. Hier schafft Rheinmetall Rüstungskapazitäten in Händen von zweifelhaften Regimen. Betrachtet man die Zukäufe und angestrebten Kooperationen von Rheinmetall im Ausland, so geht es oftmals darum, einen neuen Ausgangspunkt für den Export der tödlichen Produkte zu finden: Auch hier zählt einzig und allein die Rendite – nicht abstrakte Gedanken an Freiheit und Werte.

Die Bundesregierung hat dies scheinbar erkannt und steuert dagegen – und zwar nicht, wie es ihr Auftrag wäre, indem sie den deutschen, europäischen oder weltweit geltenden Regeln für Rüstungsexporte Geltung verschafft, sondern indem sie sie

abschwächt und zu umgehen hilft. Rheinmetall und andere Rüstungskonzerne profitieren davon, dass die Bundesregierung die von ihr selbst aufgestellten Regelungen ignoriert und opportunistisch anpasst.

Das gilt auch und vielleicht sogar explizit für alle Rüstungsgeschäfte, die der Konzern mit den USA heute noch tätigt. Der Rheinmetall-Konzern hat seine Aktivitäten in den USA ausgeweitet und produziert vor Ort an verschiedenen Standorten. Papperger kann sich vorstellen, den USA dabei zu helfen, ihre Bestände an Raketen durch die Lieferung von Raketenmotoren wieder aufzufüllen – Raketen wohlgemerkt die dafür eingesetzt wurden, einen völkerrechtswidrigen Krieg vom Zaun zu brechen.

Unsere Forderungen an Rheinmetall und die Aktionäre heute sind:

Der Stopp aller Rüstungsexporte!

Ein Ende der Profite mit Krieg und Aufrüstung!

Nicht die zivilen Arbeitsplätze abbauen, sondern die militärischen umwandeln!

Es gilt das gesprochene Wort